

Flucht - Asyl - Migration - Integration

(Kaiser-Doskozil-Papier)

Die Sozialdemokratie ist eine zukunftsorientierte und sich den Herausforderungen stellende Bewegung, die Hoffnung nährt und nicht Ängste schürt. Deshalb stellt sich die SPÖ auch den Themen „Flucht-Asyl-Migration-Integration“ aus einem realistischen Blickwinkel. Die SPÖ steht für eine Politik, die sich an Tatsachen orientiert. Es gibt große Herausforderungen, aber sie sind lösbar. Die Durchsetzung, der Schutz und die Verbreitung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gehören zu den wichtigsten Grundlagen einer solidarischen Gemeinschaft. Frieden, Sicherheit und die Verteidigung der Menschenrechte sind für die Sozialdemokratie einander ergänzende politische Ziele.

Wir bieten mit diesem Positionspapier einen vernünftigen, realistischen und nachhaltigen Lösungsvorschlag. Unser Ziel ist es, dass sich alle Menschen in Österreich entfalten können, die das Recht haben hier zu leben. Jeder von ihnen muss die Möglichkeit haben im selben Ausmaß an unserer Gesellschaft teilzuhaben. Gleich an Rechten, gleich an Bildungs- und Entwicklungschancen. Aber auch gleich an Pflichten und ohne jede diskriminierende Bevorzugung.

Über allem muss der Gedanke stehen, dass Fremdes, Unbekanntes nicht grundsätzlich als bedrohlich verstanden wird. Das Aufeinanderzugehen ist von Allen nötig, um geeignete Integrationsmaßnahmen zu setzen und somit Akzeptanz, Toleranz, Respekt, Weltoffenheit, Frieden und Wohlstand der Gesellschaft zu fördern.

Die rechtspopulistische Illusion der völligen Abschottung macht uns alle ärmer und spaltet unsere Gemeinschaft. Eine derartige Vorgangsweise löst kein einziges Problem. Im Gegenteil: durch die damit verbundene Sündenbock-Politik werden Menschen gegeneinander ausgespielt, aufgehetzt und damit der soziale Frieden gefährdet.

Fluchtgründe als globalpolitische Herausforderung

Es gibt viele Bedrohungen, die die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat bewegen. Persönliche und politische Verfolgung, Kriege, Naturkatastrophen und Hungersnöte sowie unmittelbare Auswirkungen des Klimawandels sind die häufigsten Gründe für Flucht.

Persönliche und politische Verfolgung

Demokratie und Menschenrechte sind auch heute noch nicht weltweit gesichert. Menschen droht wegen ihrer politischen Weltanschauung, ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung, oder ihrer ethnischen Herkunft die Verfolgung. Die Sozialdemokratie setzt sich daher unentwegt für mehr Demokratie, Menschenrechte und sozialen Frieden ein. Sicherheit und Frieden sind Grundlagen für jedes Zusammenleben.

Krieg

Die Vermeidung der Kriegsursachen ist eine permanente internationale Aufgabenstellung, zu der sich die Sozialdemokratie immer bekannt hat. Kriegen und Bürgerkriegen ist durch Ursachenbekämpfung sowie einer aktiven Friedenspolitik zu begegnen. Gerade mit den Erfahrungen der Europäischen Union, welche auf unserem Kontinent die längste friedliche Periode ermöglicht hat, gilt es dieser Herausforderung zu begegnen. Der Waffenexport Europas in instabile Länder ist immer ein Beitrag zur Gefährdung der Sicherheit. Wer Waffen in Diktaturen exportiert, zwingt Menschen zur Flucht und trägt damit auch die Verantwortung dafür. Es braucht eine aktive Stärkung der Demokratien und ein Verbot von Waffenexporten in Konfliktgebiete.

Die wirksamste Maßnahme gegen weltweite Fluchtbewegungen ist die Förderung von Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Zukunftschancen vor Ort.

Naturkatastrophen und Hungersnöte

Der Klimawandel ist ein globales Phänomen. Die Auswirkungen sind regional unterschiedlich stark und betreffen vor allem die ärmsten Länder der Welt. Diesen Ländern fehlen in den meisten Fällen die finan-

ziellen Möglichkeiten, um die Auswirkungen des Klimawandels – wie z.B. Hungersnöte – zu bekämpfen. Menschen, deren Lebensgrundlage zerstört wurde, wird keine Mauer, wie hoch sie auch ist, an der Flucht hindern. Die weltweiten Anstrengungen zur Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels sind aus Sicht der Sozialdemokratie mit Nachdruck zu verfolgen. Österreich, Europa und alle OECD-Staaten haben hier besondere Verantwortung.

Unsere globale Wirtschaftsordnung hat unmittelbaren Einfluss auf die Fluchtursachen. Handelsabkommen, die zu mehr Ungleichheit beitragen, von denen die ärmsten Länder der Welt nicht profitieren, oder die Institutionen des Wohlfahrtsstaates zurückdrängen bzw. unter Druck setzen, schmälern die Lebenschancen der Menschen vor Ort. Die Sozialdemokratie strebt deshalb eine Weltwirtschaftsordnung an, die der Flucht ihre Ursachen entzieht.

Dafür braucht es Handelsabkommen, die Entwicklungsländer fair und auf Augenhöhe behandeln und die Menschenrechte fördern. Es braucht mehr Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit, die wirklich bei den Menschen ankommt sowie nachhaltig und langfristig wirkt. Es braucht Unterstützung für Entwicklungsländer bei der Bewältigung des Klimawandels und ein entschlossenes Bekämpfen der Ursachen des Klimawandels auch in Europa. Eine nachhaltige Reduzierung der CO₂-Belastung ist dabei unumgänglich.

Maßnahmen:

- Im Rahmen einer aktiven Neutralitätspolitik setzen wir uns für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Zukunftschancen vor Ort ein.
- Schaffung eines Europäischen Entwicklungsplans zur Etablierung von geeigneten Lebensräumen nahe der jeweiligen Heimat unter der Flagge des UNHCR.
- Exportverbot von Waffen in Konfliktregionen (europaweites Kriegsmaterialiengesetz nach österreichischem Vorbild).
- Entwicklung einer Klimastrategie, um Österreich bis 2040 CO₂-neutral zu machen.
- Erhöhung der EZA-Mittel auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE).
- Europäischer Marshallplan für Afrika, sowie für die am wenigsten entwickelnden Länder (LLDCs) als kurzfristige Maßnahme, begleitet von einer Wirtschafts-, Finanz- und Kooperationspolitik mit dem Ziel, strukturelle Ungerechtigkeiten und vielfältige Benachteiligungen der Länder des globalen Südens zu überwinden und eine faire Weltwirtschaftsordnung zu etablieren, welche Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte global respektiert.
- Beendigung aller direkten oder indirekten Förderungen von Lebensmittelexporten in Entwicklungsländer.
- Gerechte Handelsabkommen mit Sanktionsmechanismus bei Verstößen gegen Nachhaltigkeits- und ArbeitnehmerInnen-Schutzbestimmungen.
- Eine rechtliche verankerte Sorgfaltspflicht für Unternehmen, sodass es keine ungestraften Verletzungen von Menschen- und Umweltrechten in Drittstaaten geben darf.

Asyl

Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Genfer Flüchtlingskonvention und der humanitären Verpflichtung, Geflüchteten vor Terror, Gewalt und Krieg Schutz zu bieten. Wir sind der Überzeugung, dass, erstens Schutzsuchenden am besten in der Nähe ihrer Heimatländer geholfen werden kann. Hilfe vor Ort heißt Förderung internationaler Flüchtlingseinrichtungen in den Nachbarregionen und -ländern sowie die Unterstützung von Hilfs- und Integrationsmaßnahmen in den Transitländern und den Aufnahmeländern des Globalen Südens. Zweitens müssen Schutzsuchende in der Europäischen Union nach wirt-

schaftlicher Leistungsfähigkeit und Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten fair verteilt werden. Österreich hat in der Vergangenheit viel geleistet, darauf können wir stolz sein.

Seit Jahren zeigt sich, dass wenige Länder einen Großteil der Asylanträge in Europa bearbeiten. Diese Verteilung ist ungerecht und widerspricht dem europäischen Gedanken der Solidarität. Der gegenwärtige Zustand, dass sich viele Länder einer solidarischen Verteilung von AsylwerberInnen in Europa entziehen und in einer unsolidarischen Trittbrettfahrerhaltung verharren, können wir SozialdemokratInnen nicht länger hinnehmen. Im Rahmen der EU-Budgetverhandlungen muss Österreich darauf drängen, dass Mittel aus EU-Strukturfonds an die Bereitschaft AsylwerberInnen aufzunehmen, gekoppelt werden. Wer die Solidarität in Frage stellt, darf auch nicht mit der Solidarität der österreichischen SteuerzahlerInnen rechnen. Um die Bereitschaft zu einem Quotensystem zu erhöhen, sollte ein europäischer Solidaritätsfonds eingerichtet werden, der Gemeinden, die AsylwerberInnen aufnehmen, finanziell unterstützt.

Rasche Asylverfahren sind gleichermaßen im Interesse der AsylwerberInnen und der Europäischen Union. AsylwerberInnen wissen rasch, woran sie sind, und die Staaten haben Planungssicherheit. Eine Erstprüfung von Asylanträgen zur Klärung der Möglichkeit der Asylgewährung soll deshalb binnen maximal dreier Monate erfolgen. Dafür muss auch mehr Personal bereitgestellt werden.

Voraussetzung ist ein europäisches Asylsystem mit einheitlichen rechtsstaatlichen Verfahren und standardisierten Leistungen, die Schaffung und der Ausbau legaler und sicherer Wege für Flüchtlinge nach Europa. Besonders bei Familien sind lange Verfahrensdauern ein massives Problem, da gerade für Kinder die Zeit eines Verfahrens oftmals einen beträchtlichen Teil ihres Lebens darstellt.

Darauf aufbauend werden an den EU-Außengrenzen (auch Flughäfen), auf EU-Boden, europäische Verfahrenszentren errichtet. In diesen werden Asylverfahren in maximal drei Monaten abgewickelt, die Menschen entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention beherbergt und versorgt und nach Abschluss des Asylverfahrens in entsprechend festgelegten Quoten auf die EU-Staaten verteilt. Ergänzend dazu braucht es ein europäisches Botschafts asyl. Wer auf einem anderen Weg und damit illegal in die EU kommt, wird in ein solches Verfahrenszentrum zurückgebracht.

In einem weiteren Schritt sollen rasch, unter UNHCR-Mandat, Verfahrenszentren außerhalb der Europäischen Union aufgebaut werden, mit dem Ziel, die gefährliche Flucht über das Mittelmeer zu verhindern und dem Schlepperwesen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Asylverfahren können dann außerhalb Europas entsprechend des gemeinsamen europäischen Asylrechts abgewickelt werden. Insbesondere bis die Forderungen nach Verfahrenszentren unter UNHCR-Mandat und nach europäischem Botschafts asyl umgesetzt sind, braucht es ein Seenotrettungsprogramm, um dem Sterben im Mittelmeer ein Ende zu bereiten.

Wer kein Asyl erhält, muss in sein Heimatland zurückkehren. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit muss während des gesamten Verfahrens und auch am Ende des Verfahrens gelten. Um das zu ermöglichen, sind die Anstrengungen zum Abschluss von europaweit einheitlichen Rückführungsabkommen zu intensivieren. Die Verhältnismäßigkeit aller Maßnahmen muss hier im Vordergrund stehen, im Zweifel muss Humanität vor Härte stehen, insbesondere bei Kindern und deren Familien.

Maßnahmen:

- Gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Asylverfahren, fairer Verteilung und standardisierten Leistungen.
- Europäisches Quotensystem zur Verteilung von AsylwerberInnen in der Europäischen Union in Verbindung mit einem EU-Strukturfonds.
- Maximale Dauer von Asylverfahren von 3 Monaten.
- Stufenplan zur Umsetzung der europäischen Verfahrenszentren.

- Kontrolle der Außengrenzen durch eine gemeinsame europäische Mission.
- Schaffung eines europäischen Seenotrettungsprogramm.
- Europäischer Solidaritätsfonds zur Unterstützung von Gemeinden, die AsylwerberInnen aufnehmen.
- Verstärkte Anstrengungen bei der Aushandlung von Rückführungsabkommen.

Migration

Solange es ein Wirtschaftssystem mit enorm ungleichen Lebenschancen und unterschiedlichen Arbeitsbedürfnissen sowie Arbeitskräftenachfrage an verschiedenen Orten der Welt gibt, wird es Migration weiterhin geben. Wir leben, global gesehen, in einer Migrationsgesellschaft.

Migration ist in der österreichischen Gesellschaft eine Realität, die anerkannt werden muss. Ein Großteil der Migration nach Österreich ist Binnenwanderung innerhalb der Europäischen Union. Die Einwanderung und Lebenssituation von ausländischen Staatsangehörigen wird von höchst unterschiedlichen Gesetzen und Regelungen bestimmt- je nachdem, ob sie EU-BürgerInnen, sogenannte Drittstaatsangehörige oder Flüchtlinge sind.

Österreich ist ein europäisches Einwanderungsland. Rund 55 Prozent der Zuziehenden bzw. 85.000 europäische BürgerInnen sind 2016 aus anderen europäischen Staaten nach Österreich eingewandert. Diese Personen nehmen ihr Recht auf Freizügigkeit in Anspruch, das einen Grundpfeiler der europäischen Gemeinschaft darstellt und folglich unantastbar ist.

Die Lebenswirklichkeiten in Europa haben sich in den vergangenen Jahren bedauerlicherweise kaum angenähert. Es gibt nach wie vor ein enormes Gefälle zwischen den Löhnen innerhalb Europas. Dieses Gefälle und die geografische Lage Österreichs erzeugen einen hohen Migrationsdruck innerhalb Europas.

Diese Form von Migration kann Lohn- und Sozialdumping fördern. Die Errichtung der EU-Arbeitsagentur und die Reform der Entsenderichtlinie sind erste Schritte zur Bekämpfung dieser Tendenzen. Das Ziel muss aber gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort sein. Verstöße gegen dieses Prinzip der Arbeitsmigration in Europa müssen sanktionierbar werden. Österreich braucht aber eine eigene Migrationsstrategie. Schlüsselarbeitskräfte, die in Österreich gebraucht werden, sind gezielt anzuwerben. Die Rot-Weiß-Rot-Karte soll für internationales Spitzenpersonal noch attraktiver werden und zur standort-spezifischen Entwicklung Österreichs entscheidend beitragen. Wir brauchen außerdem eine praktikable gesetzliche Regelung für jugendliche AsylwerberInnen, die in Österreich eine Lehre in einem Mangelberuf absolvieren.

Maßnahmen:

- Entwicklung einer österreichischen Migrationsstrategie, die Migration als Chance für Österreich nutzt.
- Europäische Migrationsstrategie mit einem System von Arbeitsvisa für Länder, die in der Frage der Rückführung kooperieren.
- Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping durch Weiterentwicklung der EU-Entsenderichtlinie.
- Keine Regionalisierung der Mangelberufsliste ohne Vollbeschäftigung.
- Europaweite Angleichung von Sozial-, Nachhaltigkeits- und Steuer- und Lohnstandards.

Integration

Das Ziel sozialdemokratischer Integrationspolitik ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir wollen Menschen, die das Recht haben, hier zu leben, so in die Gesellschaft integrieren, dass sie vollumfänglich an ihr teilhaben können, in der Lage sind, selbst für ihr Einkommen zu sorgen und ihren Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Integration ist der Prozess einer Gesellschaft, die über sich hinauswächst. Menschen, die schon lange hier leben und Menschen, die neu zu uns kommen, können gemeinsam Österreich weiterbauen. Integration ist der Prozess, der aus unserem gesellschaftlichen Ganzen mehr macht als die Summe seiner einzelnen Teile.

Integration ist weder kostenlos noch sofort erreichbar. Es braucht Zeit, Geld und viel Bemühen aller Seiten, um Integration zu ermöglichen. Integration ist ein beständiger und langfristiger Prozess und nicht mit Einzelmaßnahmen abgetan.

Die Politik der Trennung und Ausgrenzung ist zum Scheitern verurteilt. Unsere Gesellschaft in ein „wir“ und „die Anderen“ zu spalten, löst keine Probleme. Diese Politik schafft genau jene Ghettos und Parallelgesellschaften, die sie vorgibt vermeiden zu wollen.

Wer gegen Integration ist, verschließt die Augen vor der Realität. Wir haben uns um alle Menschen zu kümmern, die in Österreich leben. Wenn wir das verabsäumen, werden unsere Kinder und Enkelkinder einen hohen gesellschaftlichen Preis dafür zahlen.

Sowohl die Erfahrung als auch der gesunde Menschenverstand sagen, dass in Fragen der Integration besonders bei Kindern und Jugendlichen anzusetzen ist. Menschen, die in jungen Jahren ihre Heimat verlassen müssen, haben die gleichen Chancen verdient wie Kinder, die hier geboren wurden. Das ist nicht nur eine Frage der Kinderrechte, sondern auch rational: Menschen, die schon als Kinder und Jugendliche bedingungslos in die Gesellschaft eingebunden werden, sind und bleiben vollwertige Mitglieder eben jener. Daher braucht es Maßnahmen zur Integration ab dem ersten Tag für alle Menschen in Österreich, ganz besonders jedoch für Kinder und Jugendliche.

Es ist höchste Zeit, darauf hinzuweisen, wer seit fast 20 Jahren die Verantwortung für die Integration in Österreich trägt: die ÖVP. Zuerst durch die ÖVP InnenministerInnen, seit 2011 durch Integrationsstaatssekretär und späterem Integrationsminister Sebastian Kurz. Es wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht. Der größte Fehler war aber nicht zu viel Integration, sondern dass viele notwendige Maßnahmen zu wenig entschlossen oder zu spät gesetzt wurden. Trotz zahlreicher gelungener Beispiele gibt es daher auch gravierende Misserfolge. Ein Beispiel dafür sind die zahlreichen Versäumnisse bei der Integration der sogenannten GastarbeiterInnen.

Eine ehrliche Politik muss den Menschen die Wahrheit zumuten. Wir brauchen hier nichts schönzureden – es gibt viel zu tun und zwar auf mehreren Ebenen:

- Wir müssen die Fehler der Vergangenheit reparieren und die Teilhabe von bereits länger hier lebenden MigrantInnen ermöglichen.
- Wir müssen die Fehler der Vergangenheit vermeiden und neue ZuwanderInnen so aufnehmen, dass sie möglichst rasch ein Teil unserer Gesellschaft werden.
- Jedenfalls gilt: Integration vor Zuzug. Nur wer bereit ist und daran mitarbeitet, sich in Österreich zu integrieren, unsere Gesetze und Werte respektiert und einhält, kann einen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Als SozialdemokratInnen sind wir entschieden gegen Ghettos und Parallelgesellschaften. Gerade weil wir alle Menschen als BürgerInnen betrachten, können wir nicht zulassen, dass sich innerhalb unseres Landes isolierte Inseln bilden, in denen die Grundrechte und Freiheiten einzelner Menschen keine Geltung haben. Diesen Kampf haben wir auf allen Ebenen zu führen – im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden.

Wir müssen insbesondere zur zweiten und dritten Generation sagen: Ihr seid ein Teil unseres Landes, unserer Gesellschaft. Ihr seid hier zuhause. Ihr habt die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen. Wir müssen diese Generationen aktiv in unsere Gesellschaft „hereinholen“. Wir meistern Integration und sagen gleichzeitig: Keine Toleranz für Intoleranz.

Die SPÖ kämpft für eine soziale Politik, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, für leistbares Wohnen, für eine offene Bildungspolitik. Denn diese Bereiche entscheiden, wie durchlässig oder ausgrenzend eine Gesellschaft ist. Das sind auch die Bereiche, die den größten Beitrag zur Integration von Zugewanderten leisten. Für eine soziale Politik zu stehen, heißt aber nicht, Politik für irgendeine Gruppe zu machen oder irgendwen zu bevorzugen. Es heißt, eine bedarfsorientierte Politik für alle BürgerInnen und Kinder dieses Landes zu machen – und nicht zuzulassen, dass einige von ihnen zurückgelassen und ausgeschlossen werden. Das gilt ganz besonders für jene Orte, an denen sich heute entscheidet, wie gut das Zusammenleben funktioniert: In den Kindergärten und Schulklassen. In den Ambulanzen und Spitälern. Auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt. In der unmittelbaren Nachbarschaft, auf den Plätzen und im öffentlichen Raum. Mehrsprachigkeit muss auch als gesellschaftlicher Gewinn verstanden werden.

Bildung ist ein Schlüssel für gelingende Integration, Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben, die Basis für gesellschaftliche Teilhabe und damit für eine demokratische und solidarische Gesellschaft.

Um zugewanderten Menschen die Chance zu geben, sich zu integrieren, um ein aktiver und gleichwertiger Teil Österreichs zu werden, ist es notwendig, ihnen vollwertigen Zugang zum österreichischen Schulsystem und Bildungswesen zu ermöglichen, egal ob Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen.

Ein gelungenes Zusammenleben bedeutet einerseits allen Menschen, die in unserem Land leben, bestmögliche Bedingungen für ein faires Miteinander zu gewährleisten. Darunter verstehen wir auch den Zugang zu einer bedarfsorientierten Mindestsicherung, welche mit Sach- und Geldleistungen, österreichweit einheitlich und für alle in gleicher und existenzsichernder Höhe ein Leben ermöglicht. Es setzt andererseits die Akzeptanz und das Leben der gesellschaftlichen und demokratischen Normen sowie das Erlernen unserer Sprache voraus. Integration beginnt am ersten Tag und erfordert ein dichtes und gut strukturiertes Netz an Maßnahmen, um Menschen, die bei uns ankommen, zu unterstützen, damit sie so schnell wie möglich auf eigenen Beinen stehen und ihren Platz in der Gesellschaft finden.

Genau aus diesem Grund braucht es eine Integrationsstrategie für Österreich. Dieses Programm baut auf gesetzlichen Rahmenbedingungen und österreichweiten Strukturen auf und wird durch ein Netz an Maßnahmen auf kommunaler Ebene ergänzt.

Maßnahmen:

- Erstellung eines Integrationsleitbildes für Österreich mit Rechtsanspruch und persönlicher Verpflichtung zu Integrationsmaßnahmen.
- Chancenindex in der Integrationspolitik. Wo die Herausforderungen am größten sind, ist auch der Bedarf an finanzieller Unterstützung am größten.
- Einrichtung eines Integrationsausschuss im österreichischen Nationalrat mit jährlicher Berichtspflicht.
- Die StaatsbürgerInnschaft darf nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Menschen abhängen. Jeder und jede der/die hier lebt und sich um Integration bemüht – also die österreichischen Werte und Rechtsordnung anerkennt und sich aneignet – soll österreichische StaatsbürgerIn werden können und nicht nur diejenigen, die sich die Kosten leisten können.
- Integrationsjahr für alle Zugewanderten. Davon brauchen wir mehr, nicht weniger. Eine Weiterentwicklung und Öffnung des Integrationsjahres ist dringend notwendig.

- Jugendcolleges für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche in jedem Bundesland. Diese Strukturen müssen österreichweit ausgerollt, für alle jugendlichen Zugewanderten geöffnet und finanziell abgesichert werden.
- Es braucht einen Gesellschaftsfonds, der Maßnahmen in Gemeinden, die das Miteinander stärken und die bei allen Unterschieden eine Idee des Gemeinsamen entwickeln, unterstützt. Denn nur wenn das Zusammenleben funktioniert, wird auch die Integration von Zugewanderten gelingen.
- Bildung als Schlüssel zur Integration braucht Investitionen in Pädagoginnen und Pädagogen (multi-disziplinäre Teams) und einen Chancenindex für junge Menschen.
- Förderung von Deutschkenntnissen und ein Gesamtkonzept für Sprachenförderung.

Glossar

Die Diskussion um den Themenbereich „Flucht-Asyl-Migration-Integration“ verläuft oft unsachlich. Dies geschieht vor allem durch Vermengung und Verwechslung unterschiedlicher Begriffe. Für die Sozialdemokratie ist in dieser Debatte deshalb eine klare Begriffsbestimmung und Unterscheidung unerlässlich. Die einzelnen Begriffe haben verschiedene Ursachen und Implikationen - im öffentlichen Diskurs ist aber häufig eine Vermischung anzutreffen. Die Strategie der RechtspopulistInnen ist es, diese Begriffsverwirrung noch zu fördern. Die Sozialdemokratie will durch klare Unterscheidungen schon in der Sprache dagegen halten. Das Bild der offenen Grenzen, welches vielen von uns in Erinnerung geblieben ist, hat zu einer Wahrnehmung geführt, die alle Personen aus anderen Ländern, mit anderer Hautfarbe oder anderer Herkunft pauschal abstempelt und stigmatisiert. Uns ist es wichtig diese Fehlentwicklung aufzuzeigen und auch durch die begriffliche Trennung dagegengzuhalten.

Migration

Der Begriff Migration beschreibt die „Wanderung“ von Menschen. Dabei kann man „emigrieren“ (auswandern) oder „immigrieren“ (einwandern). Migration wird oft im Zusammenhang mit Arbeitsmigration verwendet - bzw. Emigration aufgrund einer besseren Aussicht im Land, in das man zieht.

Flucht

Wenn Menschen aufgrund von Kriegen, aber auch wegen verheerender ökonomischer oder ökologischer Gegebenheiten zur Emigration gezwungen werden, spricht man von Flucht.

Asyl

Das Recht auf Asyl ist ein höchstpersönliches. Es wird jenen Menschen gewährt, die wegen ihrer Herkunft oder Nationalität, ihrer Religion oder sexuellen Orientierung oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder aufgrund ihrer politischen Überzeugung persönlich verfolgt werden oder Verfolgung befürchten müssen. Das gilt auch für Menschen, die staatenlos sind. Sie werden in der Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge bezeichnet. Diese Übereinkunft aus dem Jahre 1951 bildet die völkerrechtliche Grundlage des Asylrechts. Auch Österreich hat sich dieser Konvention verpflichtet. Das Verfahren zum Erwerb des Asylrechts heißt Asylverfahren.

Flüchtling

Laut Genfer Flüchtlingskonvention sind all jene Flüchtlinge, die aufgrund der oben genannten Gründe verfolgt werden.

AsylwerberInnen

Flüchtlinge, die einen Asylantrag gestellt haben und für die nun ein Asylverfahren läuft.

Asylberechtigte

AsylwerberInnen, die aufgrund eines positiven Bescheids im Asylverfahren mit Bescheid Asyl zuerkannt bekommen haben.

„Asylant“

Ist das am meisten gebrauchte Schimpfwort, mit welchem sämtliche Menschen aus anderen Ländern über einen Kamm geschoren und negativ abgestempelt werden.

Subsidiär schutzberechtigt

Subsidiär Schutzberechtigte sind Geflüchtete, denen – trotz fehlender Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention – ein ernsthafter Schaden drohen würde, wenn sie in ihr Herkunftsland zurückkehrten.

Integration

Bei der Integration handelt es sich um den Prozess der sozialen Eingliederung zugewanderter bzw. eingewanderter Personen und gegebenenfalls deren Nachkommen. Sie betrifft nicht nur AsylwerberInnen, sondern alle Menschen, die aus anderen Ländern – auch EU-Staaten – nach Österreich kommen. Zentrale Aspekte der Integration sind vor allem Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Partizipation, Werte und Identifikation innerhalb des Ziellandes. Integration als Herausforderung hört nicht auf, nur weil weniger Menschen kommen.

Aktuelle Zahlen Asyl

Asylanträge sind in Österreich wieder rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahr (Jänner- Juli) wurden 2018 um rund 44% weniger Asylanträge in Österreich gestellt. Die Anzahl der Asylanträge orientiert sich wieder am Niveau der Jahre vor 2015.